

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2023/186

freigegeben am **02.11.2023**

Stab

Sachbearbeiter/in: Wilken, Anke

Datum: 24.10.2023

Einführung Jugendbeteiligungsformat „SchülerInnen-Haushalt,,

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	20.11.2023	Schulausschuss
N	05.12.2023	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Zur Förderung demokratischer Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen wird ab dem Haushaltsjahr 2024 ein SchülerInnen-Haushalt eingerichtet.
2. Für das Haushaltsjahr 2024 werden im Bereich der KGS 10.000 Euro, im Bereich der Förderschule am Voßbarg 1.500 Euro zur Verfügung gestellt.
3. Die Verwaltung berichtet spätestens bis zu den Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2025 über die Umsetzung des Projektes.

Sach- und Rechtslage:

Ausgehend von den Ergebnissen des Demokratieprojektes „SARA“ (vgl. Vorlagen 2022/072 und 2023/185) hat sich gezeigt, dass schulbezogene Jugendbeteiligungsformate eine besonders hohe Zustimmung bei Kindern und Jugendlichen erfahren. Auf die ausführliche Projektdokumentation, die der Vorlage als Anlage beigelegt ist, wird insoweit verwiesen.

Die Situation der Gemeinde Rastede begünstigt diese Erkenntnisse: Da nahezu alle Kinder und Jugendliche die weiterführenden Schulen KGS oder Förderschule am Voßbarg besuchen, wird dem inklusiven Anspruch dieses Beteiligungsformates unter Berücksichtigung von Alter, Schulform und -zweig besonders Rechnung getragen.

Bei der Prüfung und Bewertung verschiedener Beteiligungskonzepte hat sich deutlich gezeigt, dass neben grundlegenden basisdemokratischen Prozessen wie zum Beispiel Ideenfindung, Abstimmungsverfahren und Sachdiskussionen unter Einbindung aller Jahrgangsstufen gerade auch die Erlebbarkeit und die Sichtbarmachung dieser Prozesse ausschlaggebend für den nachhaltigen Erfolg in Form einer dauerhaften Motivation ist.

Die Verwaltung hat sich deshalb, in Anlehnung an die Beteiligungskonzeption der Bertelsmann-Stiftung, die zwischenzeitlich mehrhundertfach im Bundesgebiet umgesetzt wird, darunter auch im Ammerland (Gemeinde Bad Zwischenahn), dazu entschlossen, vorzuschlagen, diese Umsetzung mit einem eigenständig zu verantwortenden Budgets durch die Schülerinnen und Schüler zu gestalten und zu unterstützen.

Hiermit soll es, insbesondere unter prozessbegleitender Unterstützung aus dem pädagogischen Bereich der Schule, den Schülerinnen und Schülern ermöglicht werden, „den Worten auch Taten folgen zu lassen“, um so Konsequenzen eines demokratischen Prozesses erleben zu können. Dabei sind, abgesehen von gesetzlichen und damit auch haushaltsrechtlichen Grenzen, keine Regeln zur Verwendung dieses Budgets vorgegeben, wenngleich der Einsatz der Mittel vorrangig für Schulzwecke Verwendung finden sollte.

Die Höhe der Beträge orientiert sich vor allem an den Schülerzahlen, deren Veränderung sich auch grundsätzlich in der Höhe des Budgets in kommenden Haushaltsjahren darstellen soll. Die Höhe ist allerdings auch danach bemessen, dass mehr als nur eine reine Symbolik in Projekten verwirklicht werden kann und sich damit auch die Ernsthaftigkeit in der Sache widerspiegelt.

Grundsätzlich ist die Mittelbereitstellung unbefristet ausgerichtet, wenngleich, je nach Erfahrungswert, der zwischenzeitlich geprüft werden soll, auch ein zweijähriger Turnus zugrunde gelegt werden kann.

Diese grundlegenden Ideen hierzu sind mit den Schulleitungen der beteiligten Schulen abgestimmt worden und dort auf breite Zustimmung gestoßen.

Weitere Ausführungen erfolgen im Rahmen der Sitzung.

Finanzielle Auswirkungen:

Derzeit sind im Haushaltsplanentwurf 2024 keine entsprechenden Mittel vorgesehen.

Auswirkungen auf das Klima:

Entfällt.

Anlagen:

Projektdokumentation „SARA“.